

# PRO MENSCHENRECHTE. CONTRA VORURTEILE.

## LIEBE ANWOHNERIN UND ANWOHNER,

wir möchten mit diesem Schreiben einige der Vorurteile gegenüber Geflüchteten aus dem Weg räumen. Rassistische Stammtischphrasen, gefährliches Halbwissen und das Bedienen von Vorurteilen machten es möglich, dass Unbekannte am Montag den 09.02.2015 die Asylunterkunft bei Ihnen im Ort anzündeten. Diese Entwicklung ist nicht hinnehmbar, helfen Sie mit, der rassistischen Propaganda entgegenzutreten und Geflüchteten einen Ort zu bieten, in dem sie sich frei von Rassismus und Unterdrückung bewegen und leben können.

Die Zahl der Asylsuchenden in Europa steigt. „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen“, heißt es nun. Davon sind wir auch weit entfernt. Weltweit sind nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge UNHCR 45 Millionen Menschen auf der Flucht, davon sind 29 Millionen nicht einmal über die eigenen Staatsgrenzen hinausgekommen. 81% der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Die meisten Flüchtlinge bleiben in der Region, warten und hoffen auf eine Möglichkeit zur Rückkehr. In den europäischen Staaten kommt nur ein Bruchteil der Flüchtlinge an. Eine Flucht hierher ist teuer und gefährlich; zudem droht sie immer zu scheitern, denn legale Wege nach Europa gibt es für Flüchtlinge nicht.

*Gefühlt ist Deutschland das Hauptziel aller Flüchtlinge in Europa.*

**RICHTIG IST:** Innerhalb Europas liegt Deutschland mit seinen Asylzahlen seit Jahren im Mittelfeld. Es ist vor allem für die Betroffenen eine traurige Tatsache, dass derzeit besonders viele Menschen in Staaten wie Syrien, Afghanistan und anderen fliehen müssen, um ihr Leben zu retten. Für Deutschland als Aufnahmeland ist die zuletzt sprunghaft gestiegene Zahl der Asylsuchenden aber kein Grund zur Besorgnis. In der Vergangenheit gab es niedrigere, aber auch weit höhere Asylzahlen. Auch der EU-Vergleich relativiert die Zahl: Zwar hat die Bundesrepublik die meisten Asylanträge, gemessen an der Bevölkerungsgröße bewegt sie sich jedoch seit Jahren im Mittelfeld: Mit neun Asylanträgen pro 10.000 Einwohner lag Deutschland 2012 auf Platz zehn der EU-Staaten, auch 2013 – so ist nach der statistischen Auswertung zu erwarten – belegte Deutschland keinen Spitzenplatz.

*Ahnungslos sind überzeugt: „Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge.“*

**RICHTIG IST:** Die Gründe, die Menschen in die Flucht treiben, wiegen schwer. Sie heißen Krieg, Verfolgung, Existenzgefährdung. Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles los – Heimat, Besitz, Familienangehörige, vielleicht sogar Kinder – und das alles nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, sieht darin oft die letzte Überlebenschance. Die größte Grup-

pe unter den Asylsuchenden in Deutschland sind derzeit Flüchtlinge aus der Russischen Föderation (rund 14.900 Asylanträge im Jahr 2013). Sie kommen fast ausnahmslos aus dem Nordkaukasus, vor allem aus Tschetschenien. Dort finden laut Asyl-Bundesamt „fortlaufend Menschenrechtsverletzungen statt. Kampfhandlungen und Anschläge sind fast an der Tagesordnung.“

*Egoisten sagen: „Unser Asylrecht kann die Probleme der Welt nicht lösen, wir haben genug eigene Probleme.“*

**RICHTIG IST:** Wir sind mitverantwortlich für die Bedingungen, die Menschen in die Flucht treiben. Selbstverständlich ist die Politik der Industriestaaten nicht allein verantwortlich für Fehlentwicklungen, Misswirtschaft, Despotie und Bürgerkriege in anderen Staaten. In einer Welt, in der global gehandelt und Politik gemacht wird, sind Zusammenhänge aber nicht zu leugnen. Über viele Jahre haben die europäischen Regierungen unterdrückerische Regime und Gewaltherrschaften gestützt. Ein Ziel: Die vorverlagerte Flüchtlingsabwehr. Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen, ist eine gute Idee. Es irrt aber, wer glaubt, wir Europäer und unser Lebensstandard hätten damit nichts zu tun. Ob wir wollen oder nicht: Ohne eine konsequentere Menschenrechts- und Umweltpolitik Europas und ohne gerechtere Weltwirtschaftsbedingungen wird die Zahl der Flüchtlinge nicht geringer werden.

*Böse Zungen flüstern uns: Asylsuchende seien kriminell, gefährlich oder brächten den schönen Stadtteil in Unordnung.*

**RICHTIG IST:** Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Hinweise darauf, dass Flüchtlinge öfter straffällig würden als andere Menschen, gibt es nicht. Auch nicht, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung. Die Kriminalstatistik der Polizei, die immer wieder als Argument für angeblich höhere Kriminalität „der Ausländer“ herangezogen wird, ist irreführend. Ein wichtiger Grund: Die Polizeistatistik erfasst Tatverdächtige, nicht Täter/innen. Daraus kann man lediglich schließen, dass (vermeintliche) „Ausländer“ häufiger unter Verdacht geraten und polizeilich kontrolliert oder angezeigt werden. Die Polizei hat zum Beispiel in Bremen und Berlin eigens darauf hingewiesen, dass es im Umfeld der örtlichen Asylunterkunft keine erhöhte Kriminalitätsrate gibt. Tat-

sächlich verhindern vor allem Vorurteile, Misstrauen und mangelnde Kommunikation, dass Menschen in ihrem Stadtteil ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung haben.

*Manche Anwohner sagen: „Wir wollen kein Flüchtlingsheim, weil unser Haus dann an Wert verliert.“*

**RICHTIG IST:** Wohnungen für Flüchtlinge machen es allen Seiten leichter. Mit einer Massenunterbringung von Flüchtlingen gehen gewisse Probleme einher. Daher sollten Flüchtlinge in normale Wohnungen untergebracht werden. Dann ist auch die Chance größer, dass die Nachbarn keinen Bogen um sie machen, ja, vielleicht sogar auf sie zugehen. Hinter der Weigerung, Flüchtlinge als neue Nachbarinnen und Nachbarn zuzulassen, steht allerdings auch oft die (klammheimliche) Annahme, dass die neuen „nicht hierher gehören“. Vorurteile gegenüber Flüchtlingen führen zu der abwertenden Ansicht, dass diese weniger Anrecht auf ein schönes oder gar gehobenes Wohnumfeld hätten als man es selber hat. Das ist Rassismus. Wenn wir dagegen in einer Gesellschaft leben wollen, in der wir uns ohne Angst frei bewegen können und in der weit gehender sozialer Frieden herrscht, müssen wir in den Wohngebieten, in Kindergärten, Schulen und am Arbeitsplatz Vielfalt fördern und darauf achten, dass Freizügigkeit und die Freiheit, den eigenen Wohnsitz selbst zu bestimmen, für alle gewahrt werden.

*Viele Menschen denken: So viele Flüchtlinge aufzunehmen, können wir uns nicht leisten.*

**RICHTIG IST:** Menschenrechte zu beachten kostet Geld, und das können wir uns leisten. Zudem können Flüchtlinge viel leisten, wenn man sie lässt. Für die Bundesrepublik sind das Asylgrundrecht, die europäische Gesetzgebung und vor allem das Völkerrecht verbindlich – auch dann, wenn es Geld kostet. Wer das in Frage stellt, stellt unseren modernen Rechtsstaat in Frage. Im Übrigen: Dass Zuwanderung den deutschen Staat Geld kostet, ist falsch. In einer Langzeitstudie wurde schon 2004 vorgerechnet, dass die Zugewanderten langfristig mehr Steuern gezahlt als Geldleistungen aus den Sozialkassen erhalten haben. Der Staat profitiert insbesondere vom Zuzug junger, qualifizierter Erwachsener: Ihre Kindheit und Ausbildung haben nämlich andere Staaten bezahlt, in Deutschland bringt ihre Arbeitskraft Steuern, Wachstum und sogar neue Jobs.

*Viel machen sich Sorgen: Immer mehr Zuwandernde bringen unseren Sozialstaat ins Wanken.*

**RICHTIG IST:** Ohne Einwanderung sehen wir alt aus. Im Jahr 2012 sind 1,08 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert, davon waren nur rund 65.000 Asylsuchende – das sind sechs Prozent. Viel größer ist die Zahl derer, die aus anderen Gründen kommen: Studierende, Geschäftsleute, Arbeitnehmer/innen, junge EU-Bürger/innen auf der Suche nach einer

Lebensperspektive in der Finanzkrise. Selten beachtet wird die große Zahl der Fortzüge: Ebenfalls 2012 sind 712.000 Menschen aus Deutschland (wieder) ausgewandert. Unter dem Strich blieb ein Zuwanderungsplus von weniger als 300.000 Menschen. Weil darunter besonders viele qualifizierte und junge Menschen waren, feierte die Bundesregierung den Anstieg der Zuwanderung als „Riesengewinn für alle Seiten“. Die Behauptung von der so genannten „Armutszuwanderung“ aus Rumänien und Bulgarien in das deutsche Sozialsystem ist inzwischen mehrfach widerlegt worden. Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit waren zur Jahresmitte 2013 nur je 0,3 Prozent der Hartz-IV-Bezieher Bulgaren oder Rumänen. Ihre Arbeitslosenquote lag unter dem Schnitt der Gesamtbevölkerung.

**REFUGEEES WELCOME.  
RASSISMUS TÖTET!**

**ANTIFA HERZOGTUM LAUENBURG**

**QUELLE**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

**BROSCHÜRE**

PRO MENSCHENRECHTE. CONTRA VORURTEILE.  
Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa.

Die Broschüre können Sie unter folgendem QR-Code einsehen:



ViSdP: P. Flaster-Stein, Dorfstraße 1, 21039 Escheburg